

Niederschrift

über die 18. Sitzung des Sozialausschusses am 06.03.2025
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin Vorlage: FB22/0077/2024	4
3 Rechenschaftsbericht Begegnungsstätte Meerbusch - AWO Mönchengladbach	4
4 Rhein-Kreis Neuss-Pass Vorlage: FB22/0045/2025	4
5 Aktueller Sachstand Zuwanderung Vorlage: FB22/0043/2025	4
6 Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber Vorlage: FB22/0044/2025	5
7 Neuwahl des Seniorenbeirates Vorlage: FB22/0116/2025	5
8 Aufnahme des VdK als eigenständiger Vertreter im Seniorenbeirat Vorlage: FB22/0118/2025	6
9 Änderung der Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Meerbusch Vorlage: FB22/0123/2025	6
10 Anträge	7
10.1 SPD-Antrag zur Caritas Wohnungsnothilfe (vertagt aus der Sitzung vom 14.11.2024) Vorlage: FB22/0572/2025	7
11 Anfragen	7
12 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	7
13 Termin der nächsten Sitzung: Dienstag, der 24.06.2025	8
14 Verschiedenes	8

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:42 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker Ratsmitglied Vertretung für Frau Nicole Joliet-Heising

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Herr Markus Frank Ratsmitglied

Herr Jonas Kräling Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Wolfgang Schwenzer Sachkundiger Bürger

Herr Peter Vossen Sachkundiger Bürger

von der SPD-Fraktion

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Herr Niklas Geppert Sachkundiger Bürger Vertretung für Frau Kirsten Danes

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Aliina Housden Ratsmitglied

Frau Ann Luisa Kanders

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Nüsret Seval Sachkundige Bürgerin

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Christian Jeckel Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Marco Nowak

Beratende Mitglieder

Herr Oswald Hepner Seniorenbeirat

von der Verwaltung

Herr Peter Annacker Dezernent

Frau Alice Bolle

Frau Michaela Kümmel Fachbereich 22

Schriftführerin

Frau Verena Nicolas Fachbereich 22

Herr Christof Behlen Sachkundiger Bürger

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Nicole Joliet-Heising

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Kirsten Danes

Ratsmitglied

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marco Nowak

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Jürgen Simons

Behindertenbeauftragter

Frau Heike Gabernig

Evangelische Kirchengemeinde

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende, Herr Focken, die anwesenden Gäste und Ausschussmitglieder.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Focken, stellt die fristgerechte sowie ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Ausschussvorsitzende erklärt, dass der Tagesordnungspunkt 3 aufgrund einer Erkrankung der Referentinnen ausfallen müsse.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

2 Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin Vorlage: FB22/0077/2024

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss beschließt, Frau Alice Bolle als stellvertretende Schriftführerin für den Sozialausschuss zu bestellen.

Einstimmig beschlossen.

3 Rechenschaftsbericht Begegnungsstätte Meerbusch - AWO Mönchengladbach

Tagesordnungspunkt entfallen.

4 Rhein-Kreis Neuss-Pass Vorlage: FB22/0045/2025

Dezernent Annacker stellt die Informationsvorlage vor.

Ratsfrau Niegeloh fragt, wann die Rhein-Kreis Neuss-Pässe ausgegeben würden.

Frau Kümmel antwortet, dass die Pässe im Bereich des SGB XII mit dem ersten Bewilligungsbescheid ausgegeben würden. Der Pass sei auf den ersten Bewilligungszeitraum befristet und könne nach Ablauf bei Vorsprache beim entsprechenden Sachbearbeiter auf Verlangen der Inhaber verlängert werden.

5 Aktueller Sachstand Zuwanderung Vorlage: FB22/0043/2025

Dezernent Annacker stellt die Informationsvorlage vor. Er ergänzt, dass die Mietanlage an der Insterburger Straße noch nicht in Betrieb genommen werden könne, da die Trinkwasserbeprobung noch auffällig sei. Nach einem Austausch einiger Wasserhähne würde nun täglich auf die Freigabe der Anlage durch das Gesundheitsamt gewartet werden. Insgesamt würde dies zu massiven Verzögerungen führen, die den Zeitplan durchkreuzen würden. Die Mietanlage sei noch nicht in Betrieb und die Kaufanlage, welche die Mietanlage ursprünglich ablösen solle, sei bereits im Aufbau. Entsprechende Regressansprüche seien durch den Bürgermeister bereits angemeldet worden.

Ratsfrau Niegeloh fragt, weshalb nicht direkt die Kaufanlage bezogen werden könne. Dezernent Annacker antwortet, dass die Kaufanlage noch nicht fertiggestellt sei und auch dort vor Bezug eine Trinkwasserbeprobung für die Freigabe durch das Gesundheitsamt durchgeführt werden müsse. Ob dies ebenfalls zu Verzögerungen führe, sei noch nicht abschätzbar.

Ratsfrau Niegeloh gibt an, dass von Anwohnern der Wunsch an sie herangetragen worden sei, dass der Vorplatz der Anlage positiver gestaltet werde, beispielsweise durch Baumkübel. Frau Kümmel gibt an, dass bereits geplant sei, nach Abschluss der Aufbauarbeiten Hochbeete aufzustellen.

Ratsherr Becker fragt, weshalb die Zuweisungszahlen Anfang 2025 höher seien als zum Ende des Jahres 2024.

Frau Bolle erklärt, dass aufgrund der Schließungszeiten und dünnen personellen Besetzungen der Verwaltungen im Dezember ein sogenannter „Weihnachtsfrieden“ bei den Zuweisungen herrsche. Die Personen, die im Dezember aufgrund der Feiertage nicht mehr zugewiesen werden würden, kämen entsprechend dann im Januar des Folgejahres kumuliert.

Ratsfrau Niegeloh fragt, wie viele der untergebrachten Personen erwerbstätig seien.

Frau Bolle erklärt, dass von 267 Bedarfsgemeinschaften 46 Bedarfsgemeinschaften die Unterkunftskosten vollständig und 2 Bedarfsgemeinschaften anteilig selbst zahlen würden. Daraus lasse sich im Umkehrschluss ableiten, dass 48 der 267 Bedarfsgemeinschaften ein Erwerbseinkommen erzielen würden.

6 Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber **Vorlage: FB22/0044/2025**

Dezernent Annacker stellt die Informationsvorlage vor.

Ratsfrau Pricken erkundigt sich, wieso die Ukrainer von den Bezahlkarten ausgenommen seien.

Frau Kümmel erklärt, dass die Ukrainer nur sehr kurz im Leistungsbezug seien und sich der Aufwand damit nicht lohne.

Ratsherr Bertholdt sagt, er wünsche sich eine kreisweit einheitliche Entscheidung bezüglich der Bezahlkarte. Er sehe einen erheblichen Verwaltungsaufwand und sei gespannt auf den Erfahrungsbericht zum Ende des Jahres.

Ratsfrau Niegeloh lobt, dass die Verwaltung bereit sei, diesen Aufwand auf sich zu nehmen. Die Bezahlkarte habe Vor- und Nachteile, eine sofortige Entscheidung gegen die Einführung, ohne Erfahrungen zu sammeln, sei jedoch schwer nach Außen vertretbar.

Der Schnellbrief 87/2025 vom 07.03.2025 des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen zum Thema „Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete; aktuelle Informationen aus dem MKJFGFI“ wird diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

7 Neuwahl des Seniorenbeirates **Vorlage: FB22/0116/2025**

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, folgende Vertreter*innen und Stellvertreter*innen in den Seniorenbeirat zu berufen:

Verband / Gruppierung	Vertreter*in	Stellvertreter*in
ZWAR Netzwerk	Hilde Schmitt	Doris Schulz
Diakonie Meerbusch	Werner Kasprovicz	Inge Rose
DPWV	Inge Losch-Engler	N.N.
Meerbuscher Seniorenheime	Elisabeth Schmitz	N.N.
Arbeiterwohlfahrt	Oswald Hepner	N.N.
Caritas RKN	Bärbel Mosch	N.N.
„Meerblatt“ Redaktionsteam	Klaus Mock	N.N.

Einstimmig beschlossen.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Focken, dankt dem Vorsitzenden des Seniorenbeirates und allen Mitgliedern für die geleistete Arbeit der vergangenen Legislaturperiode.

8 Aufnahme des VdK als eigenständiger Vertreter im Seniorenbeirat **Vorlage: FB22/0118/2025**

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat, § 4 – Zusammensetzung des Seniorenbeirates - der Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Meerbusch insoweit abzuändern, als dass der VdK als weiterer Vertreter aufgenommen wird.

Einstimmig beschlossen.

Der Vorsitzende des Seniorenbeirates, Herr Heppner, betont, dass er sich über jedes neue Mitglied des Seniorenbeirates freuen würde. Allerdings gebe er zu bedenken, dass er die Arbeit des VdK vornehmlich im Inklusions- und nicht im Seniorenbereich sehe.

Ratsfrau Pricken entgegnet, dass sie häufig Senioren an den VdK verweise, die entsprechende Fachkompetenz sei im Seniorenbeirat gut aufgehoben.

Ratsherr Fliege lobt die Bereitschaft aus der Gesellschaft zur Teilnahme am Seniorenbeirat. Er sei jedoch über die Satzungsänderung verwundert und schlägt vor, die Satzung grundsätzlich offener zu gestalten, sodass bei weiteren Anträgen auf Aufnahme keine Satzungsänderung notwendig sei.

Dezernent Annacker sagt, er rechne nicht mit einer inflationären Anzahl an Anfragen. Grundsätzlich sei der VdK von seiner Grundstruktur dem Inklusionsbereich zuzuordnen, jedoch gäbe es eine erhebliche Schnittmenge zu dem Seniorenbereich.

9 Änderung der Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Meerbusch **Vorlage: FB22/0123/2025**

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, der Änderung der Satzung für den Seniorenbeirat zuzustimmen.

Einstimmig beschlossen.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Focken, merkt an, dass die Aufnahme von Frau Eicheler in den Seniorenbeirat erst im nächsten Sozialausschuss erfolgen könne, da zunächst die Entscheidung des Rates und die Veröffentlichung der Satzung abzuwarten sei.

10 Anträge

10.1 SPD-Antrag zur Caritas Wohnungsnothilfe (vertagt aus der Sitzung vom 14.11.2024) Vorlage: FB22/0572/2025

Beschluss:

Vertagt.

Dezernent Annacker erklärt, dass es sich um einen für das Jahr 2026 haushaltsrelevanten Antrag handeln würde. Allerdings müsse für die Mitarbeiter*innen der Wohnungsnothilfe Planungssicherheit geschaffen werden. Herr Annacker schlägt vor, dass die Vereinbarung mit der Caritas Wohnungsnothilfe verwaltungsseitig so angepasst werde, dass bei Vorlage eines Ablehnungsbescheides über die Landesmittel die Stadt Meerbusch als Ausfallbürge einspringe und für das Haushaltsjahr 2026 die Kosten für die halbe Stelle übernehmen werde. Eine entsprechende Beschlussvorlage werde für die nächste Sitzung des Sozialausschusses vorbereitet.

Ratsherr Bertholdt merkt an, dass es problematisch sei, wenn die Kommunen für die Einsparungen auf Landesebene einspringen würden.

Dezernent Annacker erwidert, dass die Arbeit der Wohnungsnothilfe sehr wichtig und zielführend für die Stadt Meerbusch sei und es sich demnach um eine wirtschaftlich sinnvolle Investition handele. Die Unterbringung in Übergangseinrichtungen von Personen, welche in Privatwohnungen ziehen könnten, sei teurer als die Finanzierung der halben Stelle der Wohnungsnothilfe.

11 Anfragen

Keine Anfragen.

12 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Frau Kümmel erklärt, dass aufgrund von redaktionellen Änderungen die im Dezember beschlossene II. Änderung der Satzung zur Unterbringung von Aussiedlern, ausländischen Flüchtlingen und Wohnungslosen erneut im Rat beschlossen werden müsse.

Dezernent Annacker führt aus, dass der Letter Of Intent (LOI), welcher mit der GWH bezüglich des Rheinecks geschlossen wurde, geändert werden müsse. Ursprünglich sei mit 70% frei finanzierten Wohnungen und 30% sozialem Wohnungsbau geplant worden. Nun habe sich die GWH jedoch entschieden 60% sozialen Wohnungsbau und nur 40% frei finanzierte Wohnungen auf dem Gelände zu schaffen. Die Neufassung des LOI werde zur politischen Vorberatung sowohl dem Sozialausschuss als auch dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften und anschließend zur Entscheidung dem Rat vorgelegt.

Der sachkundige Bürger Behlen fragt, wie viele Wohnungen gebaut werden sollen.

Dezernent Annacker antwortet, dass über 100 Wohneinheiten geplant seien.

Ratsherr Bertholdt erklärt, dass viele bestehende Wohnungen aus der Bindung fallen würden und demnach etwas passieren müsse.

Dezernent Annacker erklärt, dass für sozialen Wohnungsbau eine Förderung durch die NRW-Bank notwendig sei. Das Budget reiche jedoch nicht aus, um alle geplanten Projekte umzusetzen. Die Vergabe der Fördermittel erfolge aktuell beim Rhein-Kreis Neuss nach dem Windhund-Prinzip.

13 Termin der nächsten Sitzung: Dienstag, der 24.06.2025

14 Verschiedenes

Ratsfrau Pricken fragt, ob die Verwaltung eine Möglichkeit habe, die ZWAR-Gruppen wieder aufleben zu lassen.

Dezernent Annacker schlägt vor, dass sich der Seniorenbeirat mit dieser Fragestellung auseinandersetzen könne.

Ratsfrau Niegeloh erkundigt sich nach dem Sachstand der Besetzung der Stelle der Ehrenamtskoordination.

Dezernent Annacker führt aus, dass die Stelle zum 01.02.2025 mit Frau Daniela Schüffel neu besetzt werden konnte. Eine Vorstellung von Frau Schüffel sei für den nächsten Sozialausschuss geplant.

Ratsfrau Niegeloh fragt, ob nun ein Neubau des Obdaches in Planung sei.

Dezernent Annacker antwortet, dass der grundsätzliche Plan sei, dass bezahlbarer Wohnraum in Meerbusch geschaffen werde, sodass die Einrichtungen entlastet werden könnten. Anschließend könne die Strümper Straße leergezogen werden und die aktuellen Bewohner auf die bestehenden Übergangsheime aufgeteilt werden. Auf dem Gelände der Strümper Straße könne, nach Abriss der Obdachlosenunterkunft, sozial geförderter Wohnraum entstehen, welcher wiederum für die untergebrachten Personen genutzt werden könne. Um einen Leerzug der Strümper Straße voranzutreiben, müssten weitere Standorte für Containeranlagen gefunden werden. Aktuell werde der Park&Ride-Parkplatz an Haus Meer geprüft. Für einen weiteren Containerstandort sei für 2025 jedoch kein Budget in den Haushalt eingeplant worden, entsprechende Mittel müssten daher für 2026 geplant werden.

Der sachkundige Bürger Behlen gibt an, dass das Grundstück an der Strümper Straße großes städtebauliches Potenzial für sozialen Wohnungsbau berge.

Dezernent Annacker erwidert, dass die städtischen Flächen für die eigenen Bedarfe genutzt werden müssten und Wohnraum für die Klientel aus den städtischen Unterkünften geschaffen werden müsse.

Der sachkundige Bürger Schwenzer fragt, ob ein Hausmeister an der Strümper Straße tätig sei, da dort ständig die Haustüren offen stünden.

Dezernent Annacker erklärt, dass ein Hausmeister vor Ort tätig sei, jedoch keine 24-Stunden-Betreuung. Es müsse bedacht werden, dass auch Personen mit gewissen Vermittlungshemmnissen sich in dieser Unterkunft aufhalten würden.

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Schriftführer/in